

# Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

## Gesamtwahlen, nicht länderweise

Die auf der Sitzung des Parteivorstandes der SPD in Springe am 6. Mai angenommene Entschliessung hat folgenden Wortlaut:

"Der Vorstand der SPD nimmt Stellung zu den Diskussionen um Westdeutschland, die in diesen Tagen anlässlich der Londoner Verhandlungen in der ausländischen und deutschen Presse gepflogen werden.

Die Sozialdemokratische Partei hält den baldigen Erlass eines Besatzungstatutes durch die Besatzungsmächte als die wichtigste Voraussetzung für eine zweckdienliche Lösung der unmittelbar anstehenden strukturellen und organisatorischen Probleme für unerlässlich.

Es bleibt eine entscheidende Forderung und Aufgabe der SPD, die durch die russische Besatzungsmacht und die kommunistische SED zerstörte Einheit Deutschlands wieder herzustellen. Als einen Schritt auf diesem Wege sieht sie die wirtschaftliche Gesundung der Westzonen und die Einbeziehung Berlins in die wirtschaftliche und politische Neuordnung an. Sie setzt sich für organisatorische Neuregelung ein, für die als unerlässliche Voraussetzungen betrachtet werden:

- a) dass die künftige provisorische westdeutsche Organisation von einem parlamentarischen Gremium geschaffen wird, das in unmittelbaren Wahlen zu bilden ist. Den in der Presse veröffentlichten Vorschlag, in indirekten Wahlen durch die Länder eine verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung zu schaffen, hält der Vorstand der SPD für unannehmbar.
- b) dass das aus diesen Wahlen hervorgehende Parlament nicht für sich in Anspruch nimmt, eine deutsche Nationalversammlung zu sein, oder eine gesamtdeutsche Regierung zu wählen. Ein solches Parlament und eine solche Regierung haben sich in Namensgebung und Aufgabenstellung auf das zu beschränken, was sie unter den heute gegebenen Umständen nur sein können: ein provisorisches Parlament und eine provisorische Regierung für die westlichen Besatzungszonen.

Der Vorstand der SPD erwartet, dass die deutschen Parteien vor den endgültigen Entscheidungen der Alliierten über die Neuregelung gehört werden."

Hannover, 7. Mai 1948